



Stadt Frauenfeld

Abstimmungsbotschaft

zur

**Volksinitiative
„2 m² Solarfläche pro Einwohner“**

und zum

**Gegenvorschlag
von Stadtrat und Gemeinderat**

Urnenabstimmung vom 26. September 2010

Die Vorlage in Kürze

Sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Stadtrat und Gemeinderat unterbreiten Ihnen Volksinitiative und Gegenvorschlag „2m² Solarfläche pro Einwohner“. Die Initiative wurde am 26. Juni 2009 mit 860 gültigen Unterschriften von einem Komitee, bestehend aus Gemeinderat Jürg Joss, Gemeinderat Christian Schmid und Kantonsrat Thomas Böhni eingereicht und verlangt, dass bis zum 31. Dezember 2020 pro Einwohner mindestens 2m² Solarfläche auf dem Gebiet der Gemeinde Frauenfeld in Betrieb stehen muss. Dazu zählen Sonnenkollektoren zur Wärmeherzeugung und Solarpanels zur Stromgewinnung.

Stadtrat und Gemeinderat begrüßen grundsätzlich die Stossrichtung der Initiative. Sie bezweckt die Förderung neuer erneuerbarer Energien mit dem Ziel, die CO₂-Ausstösse zu senken und einen Beitrag an die Ablösung fossiler Energieträger zu leisten. Gleichzeitig bestehen jedoch erhebliche Bedenken, ob die Initiative in der vorliegenden Form umgesetzt werden kann. Die Stadt kann die Erstellung von Solarwärme- und Photovoltaikanlagen nur auf ihren eigenen Gebäuden direkt beeinflussen und hat keine rechtlichen Möglichkeiten, Private, das Gewerbe oder öffentliche Institutionen zu zwingen, Solarflächen zu errichten.

Im Extremfall würde die Stadt verpflichtet, innert zehn Jahren rund 48'000m² Solarfläche auf städtischen Gebäuden bzw. Landflächen auf eigene Kosten zu erstellen. Dies würde in den kommenden zehn Jahren Investitionen aus Steuergeldern von rund 90 Millionen Franken auslösen, somit pro Jahr 9 Mio. Franken im Durchschnitt.

Die Stadt Frauenfeld will auch in Zukunft eine moderne Energiepolitik gestalten und sich daher nicht einseitig auf die Nutzung von Solarenergie beschränken. Die vorliegende Solarinitiative würde Mittel blockieren, die besser eingesetzt werden könnten. Dazu zählen insbesondere Investitionen in Massnahmen zur Wärmedämmung bei Gebäuden, was einen direkten und spürbaren Beitrag an die CO₂-Entlastung der Luft leistet.

Stadtrat und Gemeinderat unterbreiten Ihnen daher einen Gegenvorschlag zur Initiative. Er bezweckt die Schaffung eines Fonds zur Förderung von erneuerbaren Energien sowie zur Steigerung der Energieeffizienz in Wirtschaft und Privatliegenschaften. Dafür stellt die Stadt jährlich 1 Mio. Franken zur Verfügung. Sie stammen je zur Hälfte aus Steuergeldern und von den Werkbetrieben. Bei den Werkbetrieben muss dafür eine Abgabe von 0,34 Rappen pro Kilowattstunde Strom erhoben werden. Für einen durch-

Die Vorlage in Kürze

schnittlichen Haushalt bedeutet dies Fr. 13.60 Mehrkosten pro Jahr (Stand Ende 2009).

Die eine Hälfte des Fonds wird für die Erstellung von Photovoltaik- und Solarwärmeanlagen auf stadteigenen Gebäuden, die energetische Optimierung der stadteigenen Liegenschaften sowie den Bau von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung anderer erneuerbarer Energien verwendet.

Die andere Hälfte des Fonds steht für die Förderung von Gebäudehüllensanierungen und Solaranlagen von Wirtschaft und Privateigentümern zur Verfügung. Die Förderbeiträge werden für Projekte gesprochen, die bereits über eine Kostenzusage des

Kantons verfügen und betreffen folgende Massnahmen und ungefähre Finanzrahmen:

- Gebäudehüllensanierung: 300'000 Franken
- Thermische Sonnenkollektor-Anlagen: 100'000 Franken
- Solarstromanlagen: 100'000 Franken

Mit der Anbindung der städtischen Fördermassnahmen an jene des Kantons werden die Fördermassnahmen des Kantons aufgewertet. Diese „Energieförderung^{plus}“ erfolgt zusätzlich zu den rund 1,8 Mio. Franken, die vom Kanton im Jahr 2009 für Förderprojekte auf Stadtgebiet zugesagt wurden.

Energie in Frauenfeld

Frauenfeld und Energie

Wirtschaft und Bevölkerung sind auf eine sichere, ökonomisch tragbare und umweltschonende Energieversorgung angewiesen. Doch das globale Energiesystem (Bereitstellung und Nutzung der Energie) ist nicht nachhaltig, weil die Energie auf allen Stufen der Energiekette ineffizient umgewandelt und genutzt wird und das Energiesystem zu 86 Prozent auf der Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen basiert.

Der Gesamtenergieverbrauch in der Schweiz wurde 2008 zu 68,4 Prozent aus fossilen Brenn- und Treibstoffen (Erdölbrennstoffe: 22 %, Treibstoffe: 33,1 %; Erdgas 12,3 %), zu 23,5 Prozent durch Elektrizität und zu 9,1 Prozent aus weiteren Energieträgern (Holz, Fernwärme, Industrieabfälle, Kohle usw.) gedeckt. Der Strom stammt in der Schweiz zu 56,1 Prozent aus Wasserkraft, zu 39 Prozent aus Kernkraftwerken sowie zu 1,9 Prozent aus neuen erneuerbaren Energien. 3 Prozent stammen aus konventionell-thermischen und anderen Kraftwerken. Photovoltaik und Windenergie haben einen Stromanteil von 0,08 Prozent.

Der Strombedarf hat sich von etwas über 2'900 Kilowattstunden pro Person im Jahr 1960 auf über 7'600 Kilowattstunden im Jahr 2008 mehr als verdoppelt. Die Wirtschaft (inklusive Landwirtschaft) benötigt 61,3 Prozent des Stroms, die Haushalte 30,5 Prozent und der Verkehr 8,2 Prozent.

Frauenfeld steht am Ende der Energieversorgungskette und hat keinen Einfluss auf die international strukturierte bzw. nur einen marginalen auf die Schweizer Energiewirtschaft. Die Stadt Frauenfeld wird ihre Haushalte, insbesondere aber ihre Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen zu keiner Zeit sicher, zuverlässig, umweltschonend und wirtschaftlich ausschliesslich mit lokal erzeugter Energie versorgen können.

Die energiepolitischen Ziele der Stadt Frauenfeld gehen im Energierichtplan davon aus, dass in der Nutzung erneuerbarer Energien und in der Verringerung des Energieverbrauchs in den Wohn-, Industrie-, Gewerbe- und Verwaltungsbauten erhebliche Potenziale liegen. Die aktuellen Legislatorschwerpunkte des Stadtrates legen ebenfalls fest, dass die Energieversorgung nachhaltig sein muss und sich Frauenfeld noch stärker als Energiestadt engagiert.

Energiedienstleisterin

Die Werkbetriebe Frauenfeld versorgen auf dem Gebiet der Politischen Gemeinde rund 23'000 Einwohnerinnen und Einwohner in knapp 9'000 Privathaushalten sowie die Industrie, das Gewerbe und die Dienstleistungsunternehmen mit Elektrizität, Erdgas und Trinkwasser. Der Strombedarf beträgt 143 Mio. Kilowattstunden jährlich und wird durch die Vorlieferanten EKT bzw. Axpo zu rund 75 Prozent aus Kernenergie und 25 Prozent aus Wasserkraft gedeckt. Der Bedarf an Erdgas beträgt 393 Mio. Kilowattstunden, das von der Erdgas Ostschweiz AG

Energie in Frauenfeld

geliefert wird und im Wesentlichen aus Nordeuropa stammt.

Energienutzerin

Für das Erbringen ihrer Leistungen benötigt die Stadt selber mindestens 15,3 Millionen Kilowattstunden Energie pro Jahr in Form von Brennstoffen, Treibstoff und Strom zur Wärme- und Kälteerzeugung, zur Klimatisierung und Beleuchtung, zur Versorgung und Entsorgung von Trinkwasser sowie dem Betrieb eigener Fahrzeuge.

Energieproduzentin

Holzschnitzel: Auf Stadtgebiet sind ein halbes Dutzend grösserer Holzschnitzel-Heizungen in Betrieb (Rathaus, Alterszentrum Park, Altersheim Stadtgarten u.a.). Die Holzschnitzel stammen hauptsächlich aus den nahe gelegenen Wäldern der Bürgergemeinde Frauenfeld. Auf der Grundlage von Gestaltungsplänen stehen Holzschnitzel-Nahwärmeverbünde im Quartier Huben (Bsetzi), hinter dem Casino, im Murgraum (Lindenpark, Kesselstrasse) sowie an der Schmidgasse vor ihrer Realisierung.

Nahwärme: Das nach dem Eindampfungsprozess der Zuckerrüben verbleibende Warmwasser der Zuckerfabrik Frauenfeld enthält rund 2,8 Millionen Kilowattstunden Energie. Damit werden über ein Nahwärmenetz 200 Wohnungen eines benachbarten Quartiers beheizt.

Holzpellets: Die grösste Holzpellet-Anlage auf Stadtgebiet in der Techni-

schen Berufsschule Frauenfeld erzeugt mit rund 220 Tonnen Holzpellets jährlich rund 1,1 Mio. Kilowattstunden Wärmeenergie für den Eigengebrauch sowie die Versorgung von nahe gelegenen Wohnliegenschaften. Weitere Holzpellet-Feuerungen beheizen Einfamilienhäuser.

Solarenergie: Seit 1991 setzt sich die Solargenossenschaft Frauenfeld für die Förderung und Verbreitung erneuerbarer Energien – und dabei besonders die Solarstromerzeugung – ein. Die Genossenschaft zählt mehr als 100 Mitglieder und betreibt inzwischen 16 Solaranlagen mit einer Gesamtleistung von 115 Kilowatt. Sie erzeugen jährlich rund 105'000 Kilowattstunden Strom.

Die Stadt Frauenfeld hat eine eigene Photovoltaik-Anlage mit einer Solarzellenfläche von rund 400m², einer installierten Leistung von 47 Kilowatt und einer jährlichen Strommenge von rund 47'000 Kilowattstunden im Betrag von rund 400'000 Franken projektiert sowie drei weitere Anlagen dieser Grössenordnung in den Finanzplan aufgenommen.

Wasserkraft: Das stadt-eigene Murg-Wasserkraftwerk „Zeughausbrücke“ steuert pro Jahr rund 480'000 Kilowattstunden umweltfreundlichen Strom an die Leistung von vier privat betriebenen Murgkraftwerken bei. Diese fünf Kraftwerke erzeugen jährlich insgesamt rund 4 Mio. Kilowattstunden Strom, der von den Werkbetrieben ins Netz eingespeist wird. Neben dem Wasserkraftwerk Zeughausbrücke speisen namentlich das kürz-

Energie in Frauenfeld

lich umfassend sanierte Wasserkraftwerk Murkart sowie die Wasserkraftwerke Walzmühle, Schlossmühle und jenes an der Murgstrasse 1 den Strom ins städtische Netz ein.

Mehr Energieeffizienz in der Mobilität

Die Werkbetriebe Frauenfeld unterstützen die Erdgas-Mobilität durch eine Anschubfinanzierung beim Autokauf und betreiben zwei Erdgas-Tankstellen auf Stadtgebiet. Inzwischen sind in der Region rund 150 Erdgas-Fahrzeuge im Einsatz. Deren CO₂-Ausstoss liegt um mehr als 25 Prozent unter jenem von vergleichbaren benzin- bzw. dieselbetriebenen Fahrzeugen, insbesondere wenn der Anteil von 10 Prozent Biogas mitberücksichtigt wird. Die Erdgas-Flotte sorgt für einen jährlichen Minderausstoss von mindestens 360 Tonnen CO₂.

Die Energiestadt Frauenfeld setzt auch beim Einsatz von erneuerbarer Energie und der Mobilität Akzente. Der Kauf eines Elektrofahrrades wird beispielsweise mit 200 Franken unterstützt.

Bewilligungsbehörde

Frauenfeld bietet im Rahmen der kantonalen Energiegesetze, -verordnungen und -reglemente attraktive Rahmenbedingungen und schafft Anreize für mehr Energieeffizienz bei Gebäuden (z.B. Minergie-Bonus, Art. 46 Baureglement) sowie beim Bau und Betrieb von Anlagen für die effiziente Nutzung der Sonnen- und Umgebungsenergie (Solarthermik, Photovoltaik, Wärmepumpen).

Das Instrument des Gestaltungsplans eröffnet Frauenfeld zudem Möglichkeiten zur Förderung ökologischer Energienutzungsformen. Frauenfeld unterstützt schliesslich Investoren und Bauwillige in allen Belangen energetischer Fragen und vermittelt moderne Energiecontracting- und Beratungsleistungen bis hin zur Auslösung von Fördermitteln von Kanton und Bund.

Energiefachstelle Region Frauenfeld

Die Energiefachstelle der Region Frauenfeld bedient neben der Stadt Frauenfeld 15 weitere Gemeinden innerhalb der „Regio Frauenfeld“ mit Beratungs- und Service-Dienstleistungen. Sie betreffen die Bereiche Bauen und Sanieren (Minergie-Standard, Wärmedämmung, Heizung und Warmwasseraufbereitung, Wahl der Energieträger, erneuerbare Energien, Beleuchtung, Einrichtungen, Geräte), Massnahmen zur Verhaltensänderung, finanzielle Fördermassnahmen sowie Beratung in Bezug auf Energievorschriften.

Der Kanton Thurgau als Partner

Das kantonale Förderprogramm „Energie 2010“ bezweckt die Erhöhung der Energieeffizienz im Wärme- und dabei insbesondere im Sanierungsbereich sowie die Erhöhung der Energieeffizienz beim Strom. Das Programm fördert ausserdem die Abwärmenutzung sowie erneuerbare Energien. Im vergangenen Jahr beliefen sich die Ausgaben für das „Förderprogramm Energie“ des Kantons Thurgau auf total 24,450 Mio. Franken. Mit rund 15 Mio. Franken flossen knapp

Auswirkungen der Initiative

zwei Drittel der Mittel in die Minergie-Bauten (4,8 Mio.) und in die Gebäudehüllensanierungen (10,2 Mio.). Rund 3,8 Mio. Franken betrug die Unterstützung von total 188 Photovoltaikanlagen und 1,5 Mio. Franken jene von 371 Solarthermik-Anlagen.

Die Volksinitiative „2m² Solarfläche pro Einwohner“

Wortlaut der Initiative

Die Initiative hat folgenden Wortlaut:
„Auf dem Gebiet der Gemeinde Frauenfeld sind am 31.12.2020 pro Einwohner mindestens 2m² Solarfläche in Betrieb. Dazu zählen sowohl Sonnenkollektoren zur Wärmeerzeugung (Warmwasser- und Heizungsunterstützung) als auch Photovoltaikanlagen (Solarstromgewinnung).

Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Stadt Frauenfeld auf verschiedenen Ebenen tätig:

In erster Linie fördert die Stadt entsprechende Vorhaben von Privaten, Gewerbe und öffentlichen Institutionen aktiv durch Beratung und finanzielle Anreize. Daneben erstellt die Stadt eigene Photovoltaikanlagen und nutzt, soweit möglich, solare Wärmeerzeugung in städtischen Liegenschaften.

, Einwohnerzahl Stand 31.12.2019“

Auswirkungen auf die Stadt Frauenfeld

Die Stadt Frauenfeld zählte am 31. Dezember 2009 22'800 Einwohnerinnen und Einwohner und wird bis zum Jahr 2019 gemäss dem „Richtplan Siedlung und Verkehr“ zwischen 22'500 und 24'300 Einwohner aufweisen. Das ergibt für die Projektion rund 48'000m² Solarfläche.

Der Initiativtext gibt leider keinen Aufschluss über die allfällige Aufteilung der Panels in solare Wassererwärmung (Solarwärme) und solare Stromerzeugung (Photovoltaik). Der Einfachheit halber wird von einer hälftigen Verteilung ausgegangen: pro Einwohner je ein Quadratmeter Solarwärme und Solarstrom.

Potenzial Photovoltaik

24'000m² Solarpanels der jüngsten Generation lassen eine Stromproduktion von rund 2,4 Mio. Kilowattstunden pro Jahr erwarten. Das sind 1,7 Prozent des Frauenfelder Stromverbrauchs und entspricht dem durchschnittlichen Stromverbrauch von 533 Privathaushalten. Photovoltaik ist eine zufallsabhängige und somit nicht permanent verfügbare Energieform, weshalb für die installierte photovoltaische Leistung eine ähnliche Leistung in einer zuschaltbaren Form (Regelenergie) installiert und zur Verfügung stehen muss. Zudem leistet Photovoltaik in der Schweiz keinen Beitrag zur CO₂-Entlastung der Umwelt.

Auswirkungen der Initiative

Potenzial Solarwärme

Die solare Warmwasseraufbereitung durch Solarkollektoren ist eine effiziente, verhältnismässig kostengünstige und umweltschonende Methode der Wärmegewinnung. Thermische Kollektoren erlauben eine Leistung von 0,7 Watt pro Quadratmeter Zellenfläche. Der spezifische Ertrag an Wärmeenergie beläuft sich gemäss Bundesamt für Energie auf 480 bis 620 Kilowattstunden Wärme pro Quadratmeter Solarfläche und Jahr, was die Substitution von 48 bis 62 Litern Heizöl erlaubt. Hochgerechnet auf die in der Initiative verlangten 24'000 m² Solarthermik-Kollektoren beträgt die potenzielle Wärmeerzeugung zwischen 11,5 und 14,8 Mio. Kilowattstunden, was einer Heizöl-Substitution von 1,15 und 1,5 Mio. Litern entspricht. Die produzierte Wärme entspricht 2,8 bzw. 3,7 Prozent der von den Werkbetrieben abgesetzten Erdgasmenge. Dieser Anteil verringert sich bei zusätzlicher Berücksichtigung von Heizöl (ca. 30 Prozent Anteil am Energiebedarf auf Stadtgebiet; Quelle: Richtplan Energie, Stadt Frauenfeld) und der Wärmeerzeugung aus Strom (Elektroboiler) weiter.

Finanzielle Folgen der Solar-Initiative

Photovoltaik: Moderne Photovoltaikanlagen kosten aktuell 750 bis 860 Franken pro Quadratmeter. Bei 24'000 m² ist von Investitionskosten von mindestens 18 bis 20,6 Mio. Franken zu heutigen Panelkosten auszugehen.

Solarthermik: Pro Quadratmeter Panel-

fläche ist mit durchschnittlichen Kosten von 3'000 Franken zu rechnen. 24'000 m² ergeben Investitionen von 72 Mio. Franken.

Total: Bei 24'000 Einwohnern und demzufolge 48'000 m² Solarfläche ist mit Investitionskosten von 90 bis 92,6 Mio. Franken zu rechnen.

Fazit

Generell: Die finanziellen Auswirkungen der Initiative bedingen Investitionen von 9 bis 9,2 Mio. Franken pro Jahr (plus Kapitalverzinsung) über den Zeitraum von 10 Jahren hinweg.

Photovoltaik: Sollten Photovoltaik-Anlagen wieder mit Bundesgeldern aus der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) subventioniert werden, kann die Solarstromproduktion – über den Zeitraum von 20 Jahren hinweg betrachtet – kostendeckend erfolgen. Ohne KEV kostet allein die Rücknahme und Vergütung des Solarstroms die Werkbetriebe (abzüglich der Verkaufserlöse von netto ca. 170'000 Franken) 1,75 Mio. Franken jährlich.

Solarthermik: Für solarthermische Anlagen entrichtet der Kanton Thurgau bei der Nachrüstung bestehender, mindestens 5 Jahre alter Gebäude pro Anlage ab 4 m² Absorberfläche einen Grundbeitrag von 2'000 Franken sowie einen Flächenbeitrag von 200 Franken pro Quadratmeter Absorberfläche. Bei angenommenen 4'000 Anlagen (zu 6 m² = 24'000 m²) betragen die kantonalen Subventionen insgesamt rund 12,8 Mio.

Gegenvorschlag des Stadtrats

Franken. Zusätzlich zu den kantonalen Subventionen richtet auch die Stadt finanzielle Förderbeiträge aus. Für Sonnenkollektoren in bestehenden und in neuen Gebäuden für Warmwasser und Heizung werden derzeit pro Anlage ab 4m² ein Grundbetrag von 1'000 Franken sowie ein Flächenbeitrag von Fr. 100.-/m² Absorberfläche bezahlt. Unter den gleichen Annahmen wie für den Kanton ergäbe dies für die Stadt Unterstützungsbeiträge von 6,4 Mio. Franken. Im Durchschnitt der Jahre 2008/2009 wurden effektiv 20'000 Franken ausbezahlt.

Gegenvorschlag

Stadtrat und Gemeinderat schlagen Ihnen daher vor, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Er besteht in der Schaffung eines Fonds für die Steigerung der Energieeffizienz (Energiesparen) in Wirtschaft und privaten Gebäuden sowie die Förderung von erneuerbaren Energien und ergänzt in direkter Weise die Fördermassnahmen des Kantons. **Für erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz stellt die Stadt jährlich den Betrag von 1 Mio. Franken zur Verfügung.** Sie stammen je zur Hälfte aus Steuergeldern und von den Werkbetrieben.

Mit dieser Million Franken für die Förderung von erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz streben Stadtrat und Gemeinderat eine vergleichbare Wirkung an, wie sie bei der Solarinitiative mit

den jährlich anfallenden Investitionen von rund 9 Mio. Franken prognostiziert werden.

Die eine Hälfte des Fonds wird für die Erstellung von Photovoltaik- und Solarwärmeanlagen auf stadteigenen Gebäuden, die energetische Optimierung der stadteigenen Liegenschaften sowie den Bau von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung anderer erneuerbarer Energien (Abwasserwärmenutzung, Wärmepumpen, Wasser- und Biogaskraftwerke, Schnitzel- und Pelletheizungen, Blockheizkraftwerke, Brennstoffzellen etc.) verwendet.

Die andere Hälfte des Fonds steht für die Förderung von Gebäudehüllensanierungen und Solaranlagen zur Verfügung. Die Förderbeiträge werden nur für jene Projekte gesprochen, die über eine Kostenzusage des Kantons verfügen. Sie betreffen folgende Massnahmen und ungefähre Finanzrahmen:

- Gebäudehüllensanierung: 300'000 Franken
- Thermische Sonnenkollektor-Anlagen: 100'000 Franken
- Solarstromanlagen: 100'000 Franken

Mit der Anbindung der städtischen Fördermassnahmen an jene des Kantons werden Doppelspurigkeiten im Bewilligungsverfahren vermieden und die Fördermassnahmen des Kantons aufgewertet. Diese „Energieförderung^{plus}“ erfolgt also zusätzlich zu den rund 1,8 Mio. Franken, die seitens des Kantons im Jahr

Gegenvorschlag des Stadtrats

2009 für Förderprojekte auf Stadtgebiet zugesagt wurden.

Die Einzelheiten für die Ausrichtung von Förderbeiträgen werden in einem gemeinderätlichen Reglement geregelt. Der Fonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz ist somit zweckgebunden für den Bau erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie für Informations- und Aufklärungskampagnen zu verwenden.

Wenn dieser Gegenvorschlag vom Stimmbürger angenommen wird, gelten die jährlichen Einlagen als gebundene Ausgaben, über deren Verwendung der Stadtrat auf Antrag einer Fachkommission befindet. Schliesslich wird dem Gemeinderat im Rahmen der Rechnungsablage über die Verwendung der Mittel des Fonds Bericht erstattet.

Argumente des Initiativkomitees

„Die Sonne scheint für alle. Sie liefert das Zwanzigtausendfache der Energie, die weltweit benötigt wird. Sicher, sauber, kostenlos. Die Solartechnologie erfreut sich einer hohen Akzeptanz in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft und gehört zu den grossen Hoffnungsträgern für die Energiezukunft.“

Das Ziel: Die Initiative „2m² Solarfläche pro Einwohner“ will die unerschöpfliche Energiequelle der Sonne für alle Frauenfelder und mit allen Frauenfeldern nutzen. Mit der Solarinitiative setzt sich Frauenfeld ein konkretes Ziel, welches gemeinsam erreicht wird: Am 31. Dezember 2020 sind pro Einwohner 2m² Solarfläche in Betrieb.

Der Weg: Alle – Private, Gewerbe, öffentliche Institutionen und die Stadt – arbeiten gemeinsam auf das Ziel hin. Die Stadt berät, koordiniert und schafft Anreize.

Die Kosten: Die Solartechnologie ist ein Wachstumsmarkt. Die Preise für solar erzeugte Energie sinken laufend, was sich auf die Preisdifferenz zu konventionellen Anlagen niederschlägt. Zur Überbrückung dieser Differenzen leistet die Stadt Frauenfeld mit Bund und Kanton Anschubfinanzierungen. Diese bewegen sich gemäss unseren Berechnungen im Rahmen der Kosten des Gegenvorschlags. Nur kann die Initiative mit dem gleichen Geld eben viel mehr Projekte realisieren als der Gegenvorschlag, dessen Schwerpunkt auf zu 100% selber finanzierten Anlagen liegt.

Die Auswirkungen: Bei je 1m² für Warmwasser- bzw. Stromerzeugung werden ab 2021 jährlich 2500 Tonnen CO₂ eingespart und 10% des Strombedarfs der Frauenfelder Haushalte durch Solarstrom gedeckt.

Dadurch werden Investitionen ausgelöst. Investitionen bedeuten Aufträge für Industrie und Gewerbe, neue Arbeitsplätze und dadurch höhere Steuereinnahmen.

Der Gegenvorschlag von Stadt- und Gemeinderat ist abzulehnen,

- weil er auf das Hauptanliegen der Initiative, in gemeinsamer Anstrengung ein Ziel zu erreichen, gar nicht eingeht.
- weil mit der Hälfte des vorgeschlagenen Fonds stadt-eigene Projekte finanziert werden sollen. Das ist weniger als die in den letzten Jahren getätigten Investitionen der Stadt in erneuerbare Energien (z. B. Kleinwasserkraftwerk Zeughausstrasse, Holzschnitzelheizung Alterszentrum Park).
- weil die 200'000 Franken zur Förderung der Solartechnologie viel zu wenig sind und einseitig (Einfamilien-) Hausbesitzern zugute kommen werden.
- weil die 300'000 Franken für die Gebäudehüllensanierung wenig Sinn machen, da dafür der Bund aus der neuen CO₂-Abgabe auf Brennstoffe pro Jahr rund 300 Millionen Franken zur Verfügung stellt.
- weil die vorgesehenen Massnahmen verzettelt sind und eine geringe Hebelwirkung haben. Das heisst: weniger

Argumente des Initiativkomitees

Investitionen, weniger Aufträge fürs Gewerbe, weniger erneuerbare Energie, weniger CO₂ Einsparung.

Die Solarinitiative bringt Solarenergie für alle. Mit ihrer Annahme setzen die Stimmberechtigten von Frauenfeld ein Ziel, welches mit gemeinsamen Ideen, Initiativen, Projekten angestrebt und erreicht wird. Frauenfeld wird seinem Label "Energistadt" gerecht, nimmt eine Vorbildfunktion ein und setzt ein starkes Zeichen in der Energiewende."

Schlussbemerkungen und Anträge

Sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Die Stadt Frauenfeld will auch in Zukunft eine moderne Energiepolitik gestalten. Sie will sich dabei aber nicht einseitig auf die Nutzung von Solarenergie beschränken, wie dies die Solarinitiative fordert. Bei einer Annahme der Initiative würden nämlich grosse finanzielle Mittel blockiert, die effizienter eingesetzt werden und einen direkten und spürbaren Beitrag an die CO₂-Entlastung der Luft leisten könnten.

Stadt- und Gemeinderat unterbreiten Ihnen daher einen Gegenvorschlag zur Initiative. Es soll ein Fonds zur Förderung von erneuerbaren Energien sowie zur Steigerung der Energieeffizienz geschaffen werden, der jährlich mit 1 Mio. Franken geöffnet wird. Die eine Hälfte des Fonds soll für die Erstellung von Photovoltaik-

und Solarwärmeanlagen auf stadteigenen Gebäuden sowie den Bau von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung anderer erneuerbarer Energien verwendet werden. Die andere Hälfte des Fonds wird – ergänzend zu den Beiträgen des Kantons – für die Förderung von Gebäudehüllensanierungen und Solaranlagen von Wirtschaft und Privateigentümern zur Verfügung stehen.

Stadtrat und Gemeinderat beantragen Ihnen, die Volksinitiative „2m² Solarfläche pro Einwohner“ abzulehnen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Frauenfeld, 16. Juni 2010

Stadtrat und Gemeinderat

Schlussbemerkungen und Anträge

Die Abstimmungsfragen lauten:

Wollen Sie der Volksinitiative „2m² Solarfläche pro Einwohner“ zustimmen?

Wollen Sie dem Gegenvorschlag von Stadtrat und Gemeinderat zustimmen?

Gemäss Artikel 12 der Gemeindeordnung kann der Initiative und dem Gegenvorschlag nicht gleichzeitig zugestimmt werden. Stimmzettel mit zweimal JA sind ungültig.

Der Gemeinderat hat die Initiative mit 21 Nein- zu 11 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Dem stadträtlichen Gegenvorschlag hat der Gemeinderat mit 25 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.